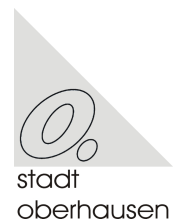


Von einer Krise in die nächste!

- Rede des Stadtkämmerers zur Einbringung des Haushaltsentwurfs 2023 -

Apostolos Tsalastras, Stadtkämmerer
Dezernat 1
Finanzen und Kultur
26. September 2022



Ausgangslage

Es ist in Oberhausen schon in normalen Zeiten nahezu unmöglich einen Haushalt aufzustellen, der ausgeglichen ist, alle bekannten Risiken absichert und auch noch einen bescheidenen Beitrag zur Reduzierung der Altschulden leistet. In der aktuellen Situation, wo mehrere Krisen aufeinandertreffen, die noch nicht mal in ihren Wirkungen ausreichend erkannt und erfasst sind, brauchen wir darüber gar nicht erst nachzudenken.

Um den Haushaltsplanentwurf 2023 richtig einordnen zu können bedarf es einer Betrachtung dieser gesellschaftlichen, ökonomischen und rechtlichen Ausgangslage. Dies ist insbesondere für die anschließenden Haushaltsberatungen und der Beschlussfassung am Ende des Prozesses entscheidend.

Die Corona-Krise dauert noch an und hat enorme finanzielle Auswirkungen gehabt, die in 2020 in großen Teilen durch finanzielle Ausgleichsmaßnahmen des Bundes und des Landes aufgefangen werden konnten. Diese Unterstützungsleistungen gab es in den Jahren 2021 und 2022 entweder gar nicht oder als kreditierte Hilfe. In 2021 machte allein der Gewerbesteuerausfall mit 27,7 Mio. € einen Anteil von 51% des gesamten registrierten Finanzschadens der Corona-Pandemie aus. Im Jahr 2022 stellen wir fest, dass insbesondere die Gewerbesteuerausfälle durch die Möglichkeit der Aussetzung der Vorauszahlung viel zu hoch ausgefallen sind, als es die realen wirtschaftlichen Verhältnisse der Unternehmen zugelassen hätten. Die Folge sind erhebliche einmalige Nachzahlungen, die die Gewerbesteuererträge in 2022 weit über das geplante Maß ansteigen lassen. Diese Nachzahlungen können aber bei weitem nicht die Verluste der Vorjahre ausgleichen.

Sicherlich gab es auch steigende Finanzierungsbedarfe für Personal und Impfstationen, für Gesundheitsbedarfe und andere Sachleistungen, aber in weiten Teilen war die Corona-Krise für Oberhausen eine Ertragskrise. Hintergrund war der massive wirtschaftliche Einbruch, den viele insbesondere für Oberhausen wichtige Branchen erleiden mussten. Noch immer kämpfen viele Akteure im Bereich der Kreativwirtschaft, in der Tourismusbranche, der Gastronomie und in Teilen des Einzelhandels ums Überleben.

Da befinden wir uns schon in der nächsten, nach meiner Einschätzung viel umfassenderen Krise. Der Krieg in der Ukraine wirkt sich in vielerlei Hinsicht auf die kommunale Finanzlage aus. Offensichtlich handelt es sich zu Beginn um eine Aufwandskrise. Die Menschen, die zu uns geflohen sind, um vor den schrecklichen Folgen des menschenverachtenden russischen Angriffskrieges Schutz zu suchen, müssen bei uns untergebracht und versorgt werden. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir - auch in Solidarität zu unserer Partnerstadt Saporishja - dies tun. Es bedeutet aber auch eine finanzielle Belastung des Haushaltes, die aller Wahrscheinlichkeit nach nicht ausreichend von Bund und Land ausgeglichen wird. Insbesondere die Landesregierung NRW konnte sich durch den Rechtskreiswechsel der Geflüchteten vom Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) zum SGB II voraussichtlich um über 2 Mrd. € entlasten. Nun übernehmen Bund und Kommunen für diese Menschen die Kosten für Verpflegung und Unterkunft nahezu allein.

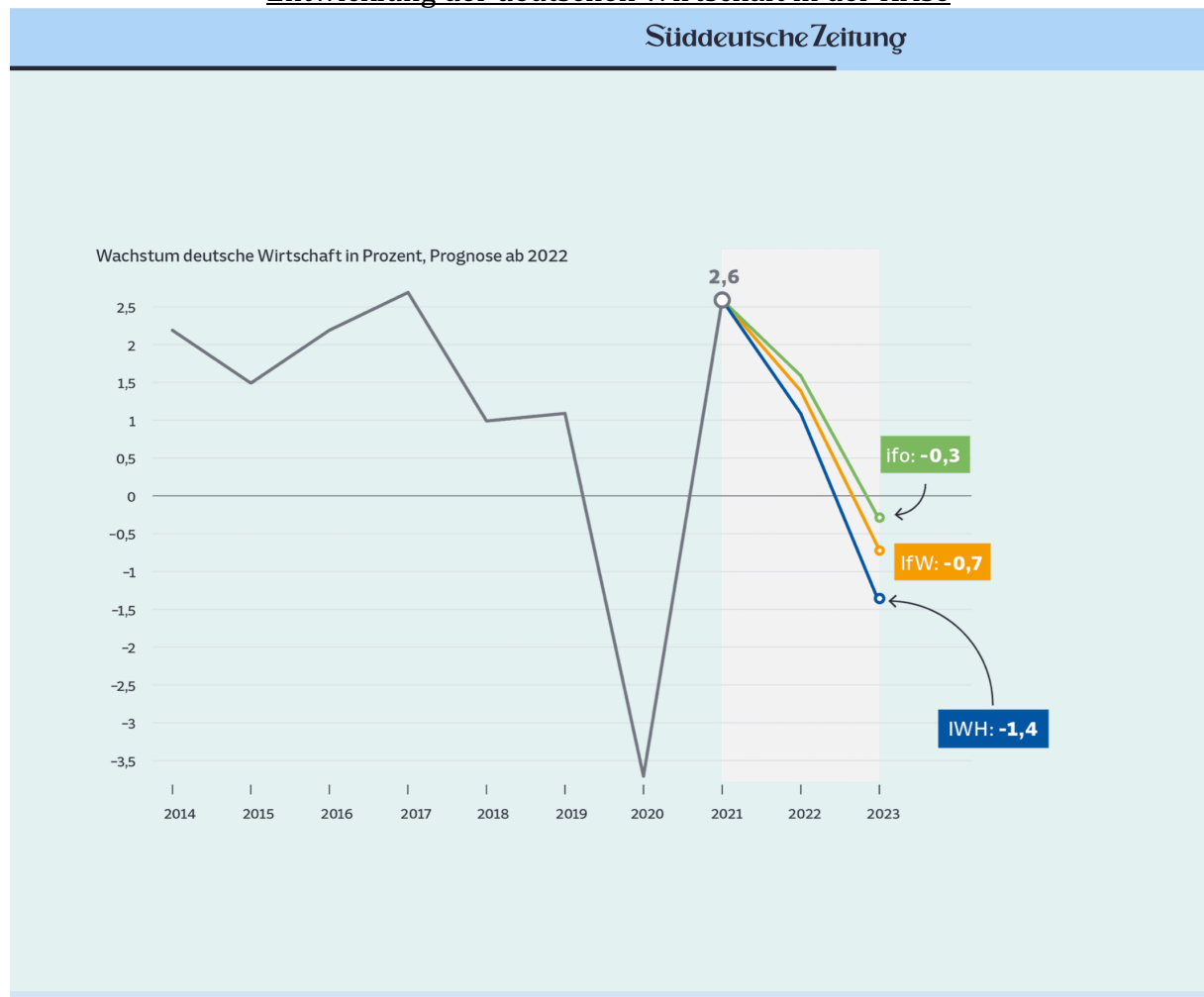
Der Krieg in der Ukraine hat aber auch weitere insbesondere massive wirtschaftliche Folgen. Die im direkten Zusammenhang stehende Energiekrise bedeutet auch enorme

finanzielle Kosten für den Haushalt und eine Belastung der städtischen Töchter. Insbesondere die Energieversorgung Oberhausen (EVO) wird von der Energiekrise gebeutelt werden. Gleichzeitig haben wir es mit einer hohen Inflation durch die hohen Energiekosten, aber auch durch Lieferengpässe und andere weltwirtschaftliche Zusammenhänge zu tun, die einen Anstieg von Baukosten, Dienstleistungskosten und in Reaktion darauf auch Personalkosten nach sich ziehen, die alle den Haushalt belasten. Darauf reagiert die Europäische Zentralbank (EZB) verständlicherweise mit steigenden Zinssätzen, die sich direkt auf unsere Finanzierungskosten auswirken und zu steigenden Zinslasten für den städtische Haushalt führen. Das schmerzt eine Kommune wie Oberhausen mit der enormen Altschuldenlast ganz besonders.

Zeitversetzt zu dieser Entwicklung prognostizieren alle Wirtschaftsforschungsinstitute einen vorübergehenden Rückgang der Wirtschaftsleistung, der sich ab 2023 auch auf die Steuererträge auswirken wird.

Entwicklung der deutschen Wirtschaft in der Krise

Süddeutsche Zeitung



Aus: Süddeutsche Zeitung, e-paper vom 12.09.2022, Quellen der SZ: destatis, IfW, Ifo, IWH.

In welchem Umfang sich dies auf die Steuererträge in Oberhausen auswirken wird, hängt vom Umfang des wirtschaftlichen Rückgangs wie auch von der zeitlichen Dauer der wirtschaftlichen Krise ab. Auch die sonst rechtzeitig zur Verfügung stehenden Orientierungsdaten für NRW, die uns die Landesregierung zur Verfügung stellt, stehen noch aus, so dass eine konkrete Einschätzung der Auswirkungen für uns nicht wirklich möglich ist.

Mittel- bis langfristig sind sich die Wirtschaftsforschungsinstitute einig, wird sich die wirtschaftliche Entwicklung wieder stabilisieren können. Die Frage für uns und die anderen Kommunen ist, wie dieser Zeitraum überwunden werden kann. Bisher ist eine finanzielle Unterstützung zur Überwindung dieser finanziellen Krise nicht vorgesehen.

Städte im Strukturwandel, die extreme Belastungen aus der Vergangenheit zu tragen haben, sind solchen elementaren Krisen wie der Corona-Krise und den weltwirtschaftlichen Auswirkungen von Kriegen und Finanzkrisen nicht gewachsen. Sie besitzen keine finanzielle Krisenresilienz. Dafür verantwortlich sind im Wesentlichen 3 Ursachen. Zum einen gibt es eine hohe soziale Belastungen, die massive finanzielle Auswirkungen auf den kommunalen Haushalt haben. Der Oberhausener Haushalt besteht auch in 2023 zu 47% aus den Produktbereichen Soziales und Jugend und den Sozialausgaben der LVR-Umlage. Die Menschen in Oberhausen haben zum anderen ein niedriges Primäreinkommen, das weit unter dem NRW-Durchschnitt liegt. Besondere Auswirkungen haben die ökonomischen Probleme, die aus den Strukturkrisen der Vergangenheit hervorgegangen sind. Oberhausen hat aus diesem Grunde nach wie vor eine extrem niedrige Wirtschaftskraft. Das in Oberhausen erwirtschaftete Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf liegt weit unter dem NRW-Durchschnitt und auch unter dem im Ruhrgebiet. Bei den kreisfreien Städten haben nur Herne und Bottrop ein noch geringeres BIP pro Kopf.

BIP und Primäreinkommen vergleichbarer Städte in 2019

Stadt	BIP in Mio. € in 2019	BIP/Einw. in € in 2019	Primäreink./Einw. in € in 2019
Bochum	12.729	34.862	25.065
Bottrop	2.885	24.559	24.492
Dortmund	23.924	40.713	24.342
Duisburg	17.693	35.482	20.769
Essen	26.240	45.013	26.046
Gelsenkirchen	8.307	31.930	19.084
Hagen	6.495	34.412	23.329
Hamm	5.430	30.248	21.736
Herne	4.118	26.326	20.576
Mülheim a.d.R.	6.124	35.863	29.629
Oberhausen	5.795	27.489	22.397
Ruhrgebiet	172.498	33.745	24.604
NRW	717.503	39.995	28.279

aus: Kommunalfinanzbericht Metropole Ruhr 2021, 12.2021, Seite 11 des Anhangs.

All diese Umstände führen dazu, dass Oberhausen sehr geringe eigene wirtschaftliche Kapazitäten hat, um die finanziellen Auswirkungen dieser Krisen zu überwinden.

Das ist der gesellschaftliche und ökonomische Rahmen, in dem wir den Haushalt für das Jahr 2023 aufstellen. Der rechtliche Rahmen ist bisher nur zum Teil geregelt. Bei der Aufstellung des Haushalts waren folgende rechtliche Rahmenbedingungen gegeben:

1. Die Möglichkeit die finanziellen Auswirkungen der Covid-Pandemie mit einem fiktiven Ertrag ausgleichen zu können, der sogenannten Covid-Isolierung, endet in 2022. Da bereits in der Diskussion war, diese Möglichkeit der Covid-Isolierung auf 2023 zu verlängern, haben wir bereits bei der Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs diese Berechnung vorgenommen und im aktuellen Entwurf vorgesehen.

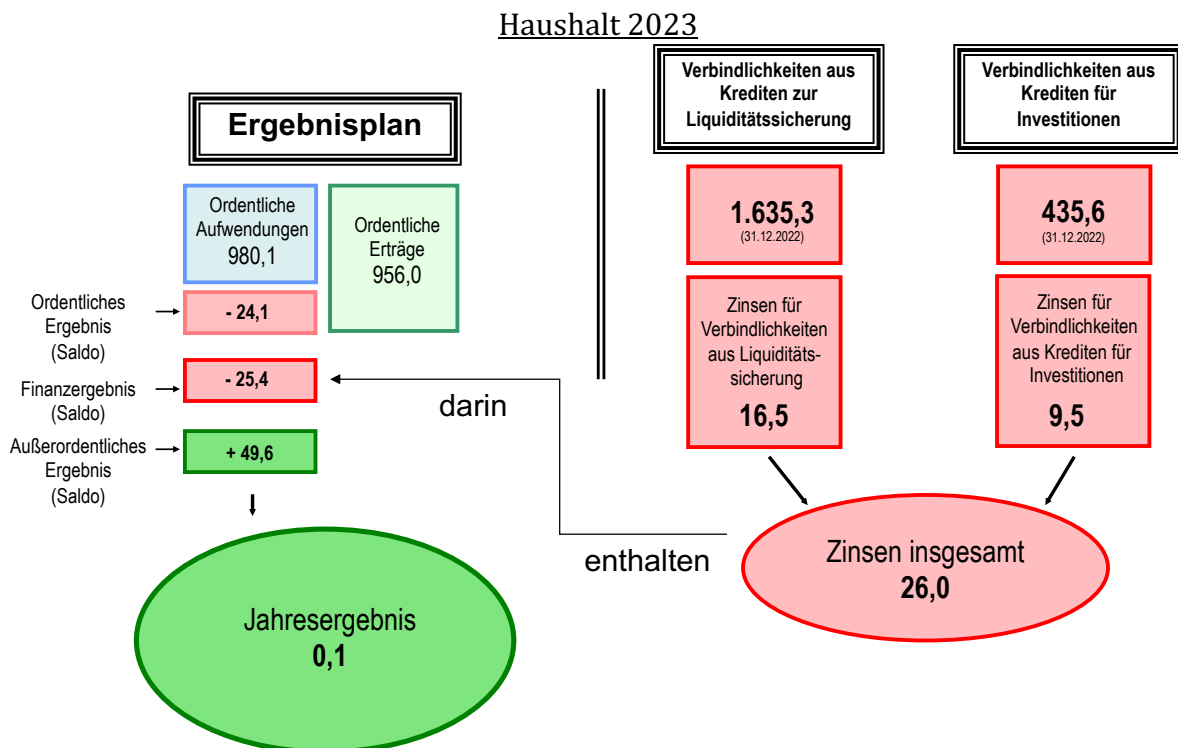
- Oberhausen hat als Kommune mit negativem Eigenkapital die Verpflichtung ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Erst die Bewilligung desselbigen durch die Kommunalaufsicht verleiht dem Haushalt Rechtskraft. Das HSK 2022 wird im Rahmen der Haushaltsberatungen fortgeschrieben und ergänzt um die Maßnahmen, die der Stadtkämmerer in Abstimmung mit den Dezernaten bereits zur Aufstellung des Entwurfs vorgenommen hat.

Mittlerweile hat uns der Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften erreicht, der unter anderem eine Änderung des NKF-COVID-19-Isolierungsgesetzes vorsieht. Dort wird tatsächlich die Möglichkeit der Covid-Isolierung auf das Jahr 2023 ausgeweitet und für das Jahr 2023 auch eine Isolierung der Ukraine-Folgen ermöglicht. Diese Möglichkeit konnte im Haushaltsplanentwurf nicht berücksichtigt werden und muss bei den Haushaltsberatungen im Rahmen der Veränderungsnachweisungen eingeplant werden.

Haushalt 2023

Bei den Anmeldungen der Fachbereiche wurde bereits das Grundproblem des Oberhausener Haushalts deutlich. Auch nach Festlegung der möglichen Covid-Isolierung blieb ein Defizit von 38 Mio. € im Ergebnisplan bestehen. In den Haushaltsgesprächen mit der Fachverwaltung galt es dieses Defizit abzubauen, um einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf einbringen zu können.

Dies ist in mühevoller Kleinarbeit gelungen, auch wenn sicherlich im Rahmen der Haushaltsberatungen nachgesteuert werden muss.

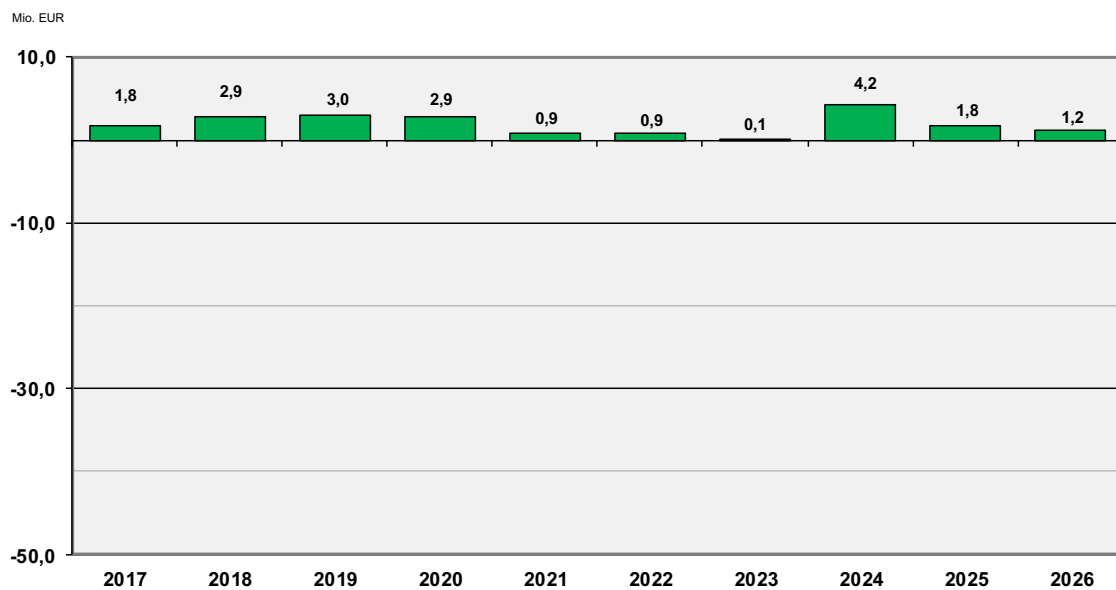


Darstellung des Haushalts 2023, Bereich 1-1, 09.2022

Der eingebrachte Entwurf schließt im Ergebnishaushalt mit 123.590 € ab, der sogenannten schwarzen Null. Dies ist möglich, weil ein Covid-Schaden von nahezu 50 Mio. € isoliert werden konnte. Die ordentlichen Erträge in Höhe von 956 Mio. € können die ordentlichen Aufwendungen von 980,1 Mio. € nicht decken. Nimmt man die notwendigen Aufwendungen für die Verschuldung hinzu so ergibt sich ein reales Defizit in Höhe von 49,5 Mio. €.

Die Covid-19-Isolierung sieht vor, dass auch die mittelfristige Finanzplanung mit einem entsprechenden fiktiven Ertrag fortgeschrieben wird, auch wenn real in den betroffenen Jahren ab 2024 gar keine Isolierung rechtlich vorgesehen ist.

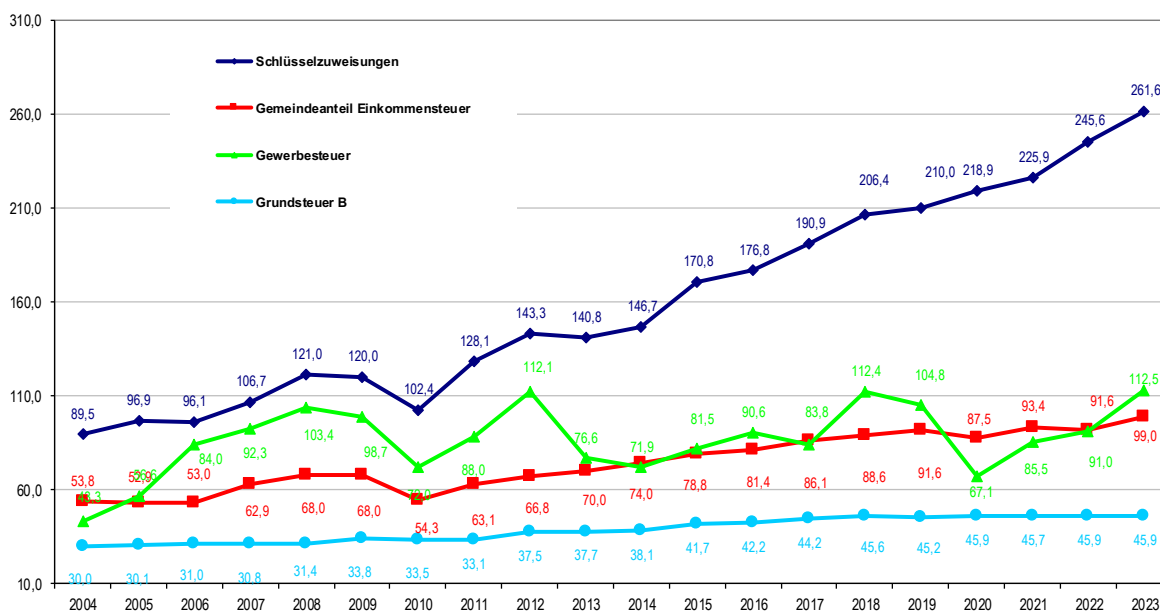
Haushaltsergebnisse ab 2021 mit Covid-19-Isolierung



Darstellung der Haushaltsergebnisse bis 2026, 2017-2021 Jahresergebnisse, 2022-2026 Plandaten, Bereich 1-1, 09.2022

Im vorliegenden Haushaltsentwurf konnten die Auswirkungen der Ukraine-Krise nicht einberechnet werden. So findet sich im Haushalt eine Tarifsteigerung für die Personalkosten in Höhe von 2,5% wieder, was völlig unrealistisch ist. Wir rechnen aktuell mit dem doppelten Anstieg. Auch der Energiekostenanstieg und mögliche Auswirkungen der geringeren Wirtschaftsleistungen auf die Steuererträge sind bisher nicht eingeflossen. Allein eine Prognose der Kosten für die Geflüchteten konnte berücksichtigt werden. Diese Risiken gilt es im Rahmen der Haushaltsberatungen einzubeziehen. Mithilfe der neuen Isolierungsmöglichkeit für die finanziellen Folgen des Krieges in der Ukraine kann dies ohne Belastung des Ergebnisses geschehen, wird aber eine weitere Erhöhung der geplanten Neuverschuldung ergeben.

Entwicklung der relevanten Steuern und der Schlüsselzuweisungen

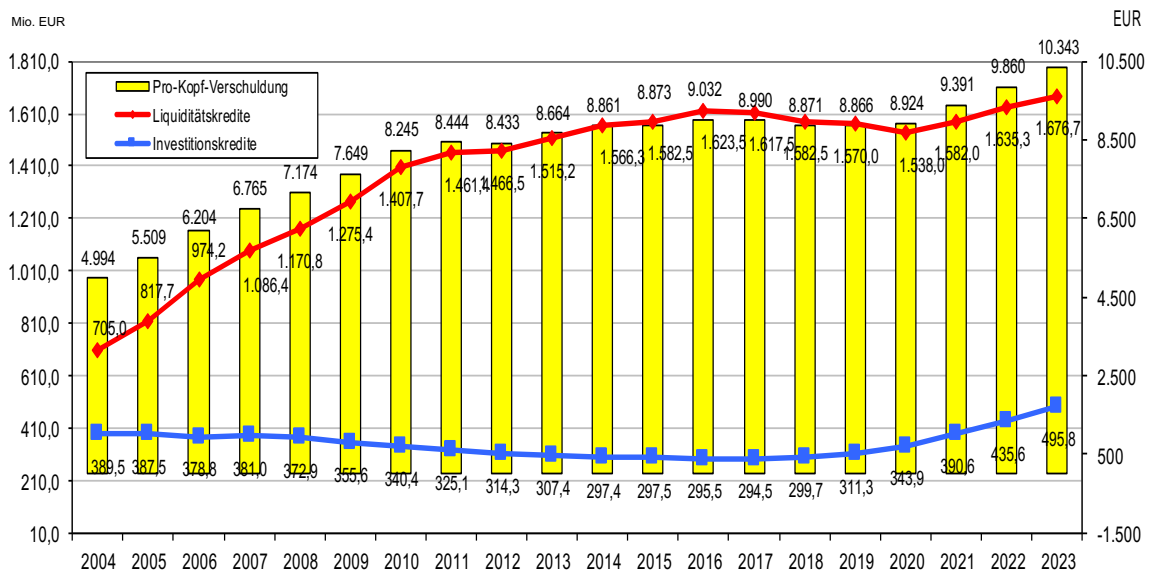


Darstellung der Steuerentwicklung und der Schlüsselzuweisungen bis 2023, 2004-2021 Jahresergebnisse, 2022 und 2023 Plandaten, Bereich 1-1, 09.2022

Problematisch ist auch die Entwicklung der eigenen Steuerkraft. Immer wieder wird eine kontinuierliche positive Entwicklung durch Krisen abgebrochen, so dass insbesondere die Gewerbesteuer stagniert und man den kontinuierlichen Wachstumspfad kaum erkennen kann. Besonders deutlich wird die Abkopplung der eigenen Steuerkraft von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, wenn man sich die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen anschaut, die über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) ausgeschüttet werden. Auch wenn der Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern mit 23% gleich bleibt, erhöht sich unsere Abhängigkeit an den Schlüsselzuweisungen. Mittlerweile übertreffen sie die Summe aus Gewerbe-, Grundsteuern und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Um so schmerzhafter sind für uns die willkürlichen Operationen am GFG der vergangenen Landesregierung zugunsten des kreisangehörigen Raums und zu Lasten armer mittelgroßer Städte wie Oberhausen.

An Investitionen ist im Haushaltsentwurf der Betrag in Höhe von 134,2 Mio. € geplant, der mit einer Neuverschuldung bei den Investitionskrediten in Höhe von 57,9 Mio. € finanziert werden muss. Diese Entwicklung dürfte sich insbesondere aufgrund des Investitionsbedarfs im Schulbereich weiter fortsetzen, ist aber sehr bedenklich. Auch wenn Investitionskrediten ein Vermögenswert gegenübersteht, sollten in einem gesunden Haushalt die Investitionen durch Erträge erwirtschaftet werden. Dies ist in Oberhausen aktuell nicht möglich. Wir sind sogar gezwungen für die Zinsen unserer Investitionskredite, neue Kredite aufzunehmen.

Verschuldungsentwicklung seit 2004



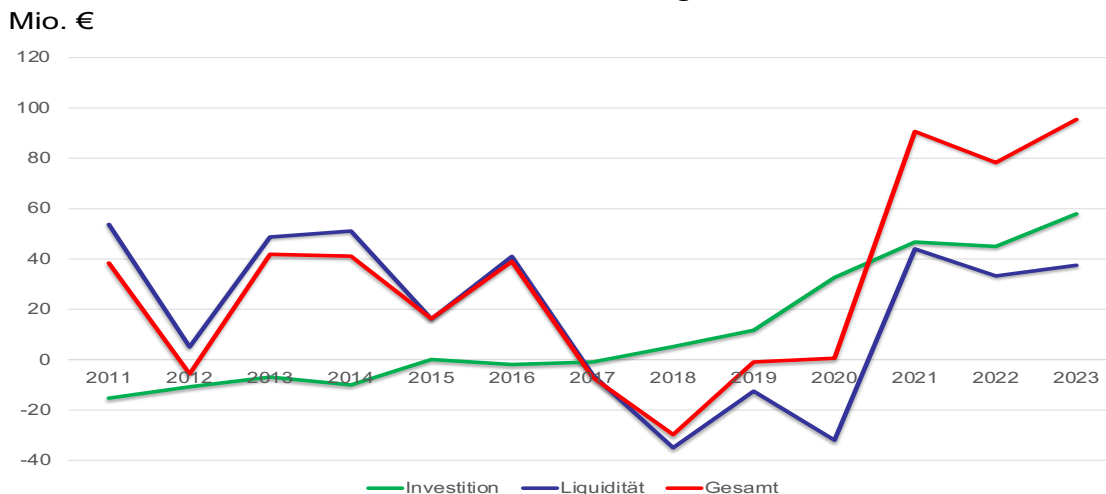
Einwohnerzahl:
31.12.2021: 210.041

Darstellung der Verschuldung bis 2023, 2004-2021 Jahresergebnisse, 2022 und 2023 Plandaten, Bereich 1-1, 09.2022

Insgesamt entwickelt sich die Neuverschuldung aufgrund der Krisen dramatisch, wie in den letzten Haushaltsreden prognostiziert. Es ist ziemlich sicher, dass wir zum Ende dieses Jahres die Schallmauer von 2 Mrd. € Gesamtverschuldung durchbrochen haben werden und in 2023 werden wir eine Pro-Kopf-Verschuldung ausweisen, die über 10.000 € liegen wird. Auch wenn in diesem Jahr die Neuverschuldung voraussichtlich geringer ausfallen wird, als im Haushaltsplan 2022 vorgesehen, bedeutet dies insgesamt eine mehr als bedenkliche Entwicklung.

In den Jahren 2021, 2022 und 2023 werden wir eine jährliche Neuverschuldung haben die zwischen 80 und 100 Mio. € liegt. Dabei erreichen Liquiditätskredite und Investitionskredite ungefähr die gleiche Höhe.

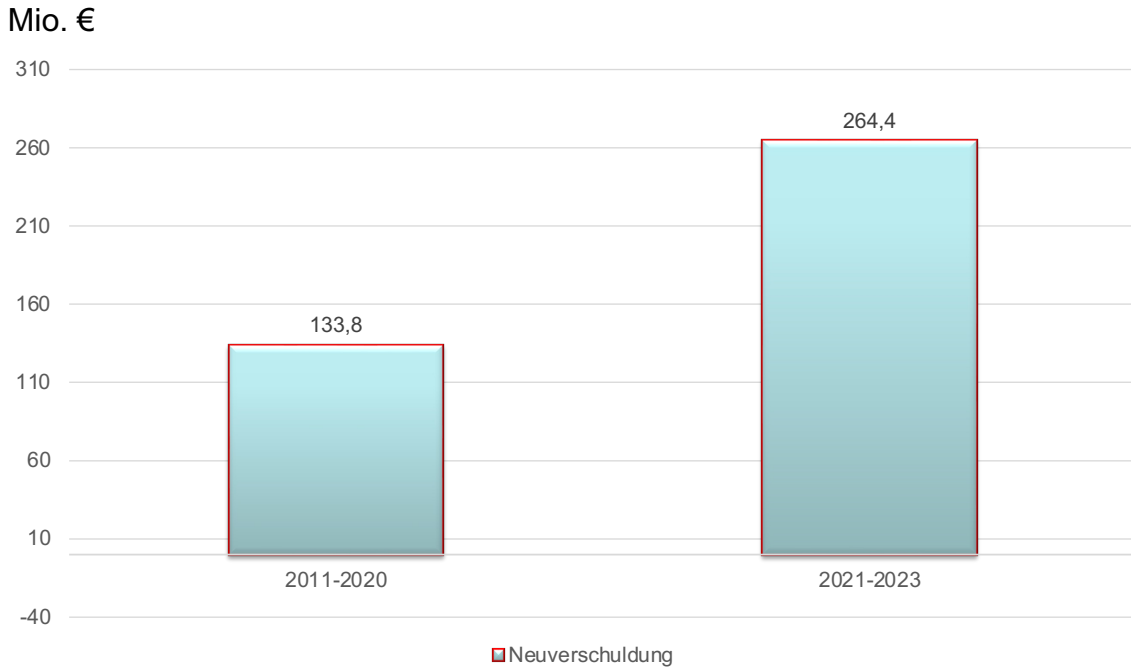
Jährliche Neuverschuldung seit 2011



Darstellung der Neuverschuldung bis 2023, 2011-2021 Jahresergebnisse, 2022 Prognose und 2023 Plandaten, Dezernat 1, 09.2022

Diese Rekordverschuldung bedeutet, dass wir in den Jahren 2021 und 2022 mehr neue Schulden aufgenommen haben als in den 10 Jahren davor und wenn man das Jahr 2023 hinzunimmt sogar fast doppelt so viel. Paradoxerweise bleibt der Haushalt durch die „Bilanzierungshilfe“, die Covid-19-Isolierung, ausgeglichen.

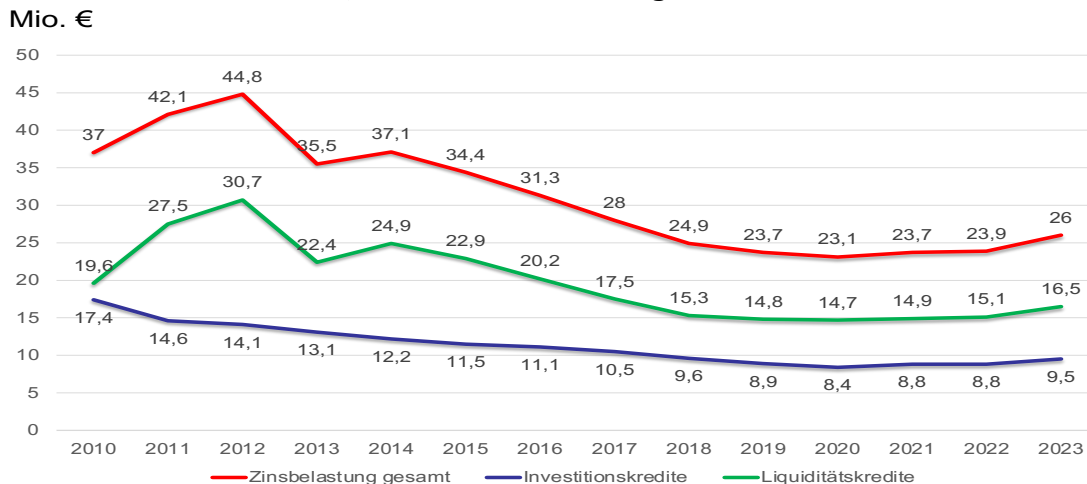
Neuverschuldung im Vergleich der Jahre



Darstellung der Neuverschuldung bis 2023, 2011-2021 Jahresergebnisse, 2022 Prognose und 2023 Plandaten, Dezernat 1, 09.2022

Erschwerend kommt der Anstieg der Kreditzinsen zu dieser Verschuldungsentwicklung hinzu. Bis 2020 hat sich die Zinsbelastung kontinuierlich gesenkt. Erst in diesem Jahr erleben wir einen leichten Anstieg der Zinsbelastung. Im nächsten Jahr gehen wir von einer Mehrbelastung in Höhe von 3,4 Mio. € im Vergleich zum laufenden Jahr aus. Diese Entwicklung wird sich in den folgenden Jahren weiter verschärfen.

Jährliche Zinsbelastung seit 2010



Darstellung der Zinsbelastung 2010-2023, 2010-2021 Jahresergebnisse, 2022 und 2023 Plandaten, Dezernat 1, 09.2022

Die risikoarme Verschuldungsstrategie der Vergangenheit verhilft uns aktuell zu einem langsamen Anstieg der Zinsbelastung, da auch ein Großteil der Liquiditätskredite mittelfristig bis langfristig gebunden sind und wir so von den niedrigeren Zinsen der Vergangenheit profitieren.

Gute Hoffnung

Anhand der Verschuldungsentwicklung erkennt man deutlich, dass die Isolierungstricks allein der kurzfristigen Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit dienen können und keine reale Unterstützung darstellen. Deshalb kann es und darf es nicht bei dieser Maßnahme bleiben, vielmehr müssen konkrete materielle Leistungen bei den finanzschwachen Kommunen ankommen.

In der Vergangenheit hat die Haushaltseinführung mit Maßnahmen und Forderungen geendet, die erforderlich sind, um die finanzielle Situation der Stadt nachhaltig verbessern zu können. Dies soll auch in 2023 so sein. Ergänzt wird dies mit einer Einschätzung, ob diese Anforderungen Umsetzungschancen haben und für uns eine „Gute Hoffnung“ besteht, die Zukunftsaufgaben bewältigen zu können.

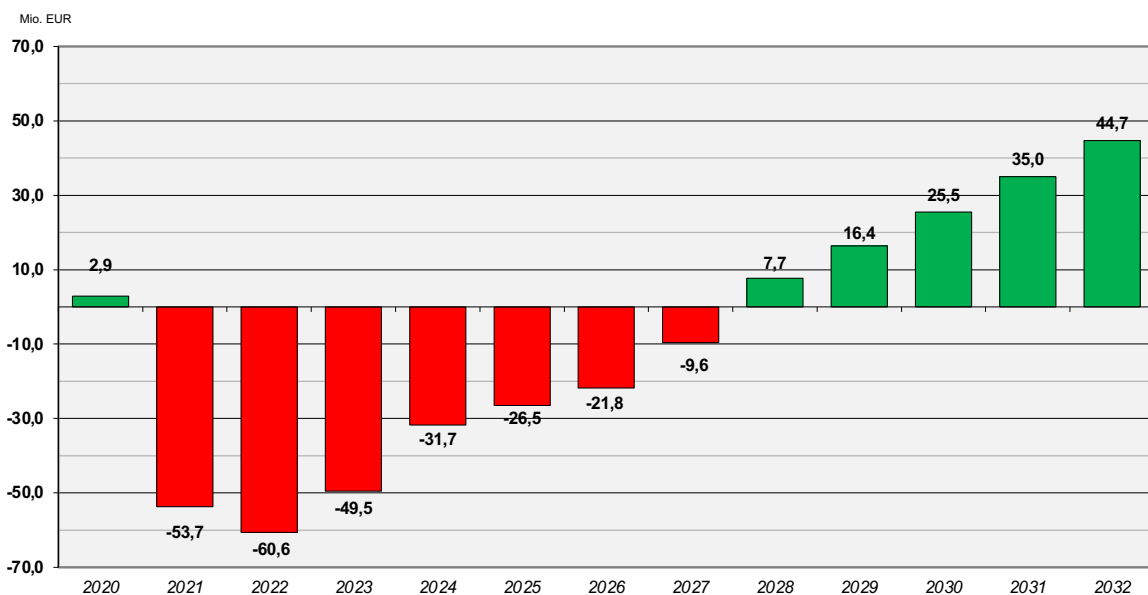
Folgende Maßnahmen sind erforderlich:

- **Ausgleich der Corona-Schäden**
Es bedarf eines Ausgleichs der kommunalen Steuerausfälle durch Bund und Länder, damit diese keine materiellen Schäden aus den Krisen davontragen, die sie in der Zukunft nicht reparieren können. Zumindest die finanzschwachen Kommunen werden diese Auswirkungen in Zukunft nicht ausgleichen können und noch nachfolgende Generationen werden die Folgen tragen müssen. Leider gibt es keinerlei Hoffnung einen Ausgleich zu bekommen, so dass diese neuen Schulden auch zukünftig die Kommunen belasten werden.
- **Investitionsfonds für finanzschwache Kommunen**
Die Zukunftsaufgaben in den Bereichen Klima, Bildung, Digitalisierung werden erhebliche Investitionen erfordern, die von den finanzschwachen Kommunen nicht aus eigener Kraft finanziert werden können. Daraus folgt, wie wir aktuell am Oberhausener Haushalt ersehen können, dass diese Aufgaben nur durch eine neue Verschuldung finanziert werden können. Auch hier scheint eine Umsetzung mehr als fraglich. Stattdessen werden zahlreiche, extrem bürokratische Förderprogramme aufgelegt, die enormen Aufwand bedeuten und von denen meistens eher finanzstarke Kommunen profitieren.
- **Gerechtere Verteilung der Finanzmittel**
Insbesondere finanzschwache Kommunen haben keine ausreichende finanzielle Ausstattung, um ihre Aufgaben erfüllen zu können. So ist die viel beschworene kommunale Selbstverwaltung nicht umsetzbar. Insbesondere in Krisenzeiten verlieren finanzschwache Kommunen trotz jahrelanger Bemühungen den Halt. Auch in Oberhausen sind die Konsolidierungsbemühungen der letzten Jahre zu nichte gemacht worden. Leider gibt es auch in der Frage der Erhöhung der

Finanzmittel im GFG genauso keine Perspektive wie auch bei der Rücknahme der ungerechten Regelungen im GFG.

- Erfolgreiche Bekämpfung der Ursachen
Wir müssen noch stärker als bisher die Ursachen der finanziellen Schwäche unserer Stadt beseitigen. Wir brauchen eine kluge und kreative Entwicklung unserer ökonomischen Basis, damit aus wirtschaftlicher Kraft Steuererträge generiert werden können. Zudem müssen wir die sozialen Bedingungen und Chancen unserer Bürgerinnen und Bürger verbessern, damit sie aus eigener Kraft wieder Anschluss finden und nicht mehr auf soziale Leistungen angewiesen sind. Dazu müssen wir bestehende Förderprogramme nutzen und kreative Lösungen entwickeln.
- Eigene Konsolidierungsbemühungen
Mit dem bestehenden HSK und seiner Fortschreibung für 2023 verstärken wir unsere Bemühungen wieder einen ausgeglichenen Haushalt in Zukunft erreichen zu können. Nach aktueller Einschätzung wird dies erst wieder in 2028 möglich sein. Mit weiteren Anstrengungen könnte es zumindest bereits in 2026 gelingen, ein genehmigungsfähiges HSK auf die Beine zu stellen und damit einen genehmigten Haushalt zu haben.

Ergebnisplan und Prognose bis 2032 ohne Covid-Isolierung

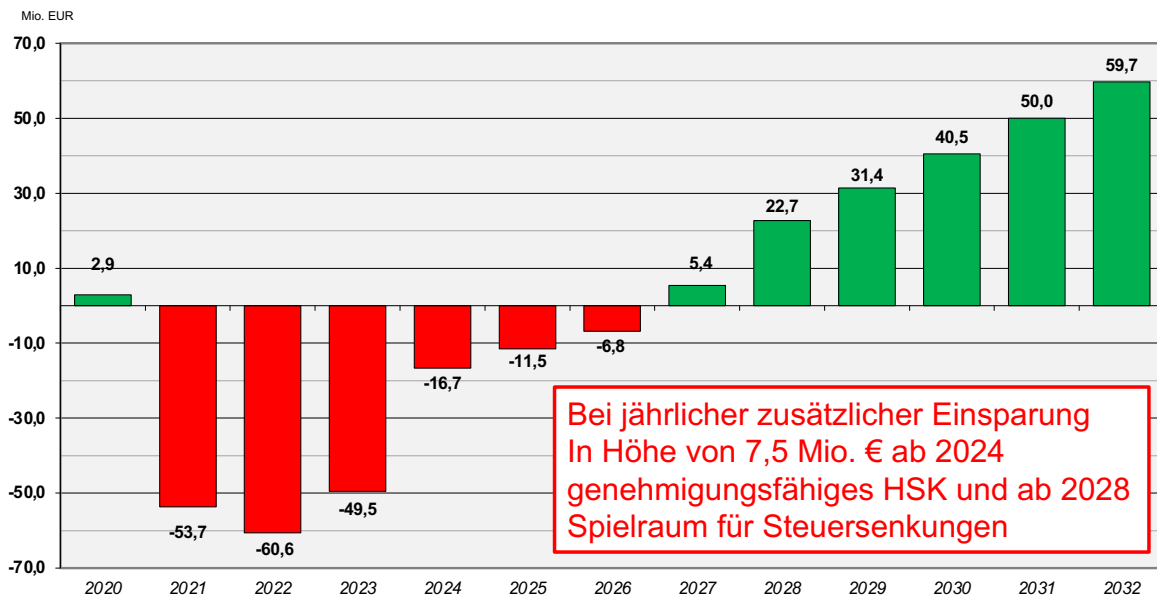


Darstellung der Haushaltsergebnisse 2020-2032, 2020 und 2021 Jahresergebnisse, 2022-2026 Plandaten, ab 2027 Prognosen, Bereich 1-1, 09.2022

- Altschuldenlösung
Mit einer Altschuldenlösung könnte dies bereits früher gelingen. Durch eine Entlastung bei den Zinskosten und dem Aufbau von Eigenkapital könnte Oberhausen wieder wie andere Kommunen langfristige HSKs aufstellen und genehmigungsfähige Haushalte verabschieden. Die Landesregierung hat es in der letzten Legislaturperiode nicht geschafft eine solche Lösung vorzulegen. Jetzt haben alle Akteure versprochen, dass dies zur Not auch ohne den Bund gelingen wird. In der

Koalitionsvereinbarung ist dies auch so festgehalten und soll spätestens 2024 umgesetzt werden. Natürlich hängt eine erfolgreiche Altschuldenlösung von den konkreten Bedingungen ab. Gibt es einen Sockelbetrag der Schulden, der bei den Kommunen verbleibt und wie hoch wird dieser sein? Wie hoch wird der übernommene Anteil sein und wird eine Eigenbeteiligung festgelegt? Und welche Regelungen werden getroffen, um eine weitere Neuverschuldung zu vermeiden? Alles Fragen, die geklärt werden müssen, um bewerten zu können, ob die angestrebte Altschuldenlösung wirklich eine Lösung darstellt und uns wieder voll handlungsfähig macht.

Ergebnisplan bis 2032 mit Altschuldenlösung



Darstellung der Haushaltsergebnisse mit Entlastung bei den Zinsen ab 2024 durch Altschuldenlösung 2020-2032, 2020 und 2021 Jahresergebnisse, 2022-2026 Plandaten, ab 2027 Prognosen, Bereich 1-1, 09.2022

Bei einer Übernahme aller Liquiditätskredite, die vor 2020 aufgenommen wurden und eigenen Anstrengungen können wir dann voraussichtlich bereits 2024 wieder einen genehmigungsfähigen Haushalt vorlegen. Ein solches Vorgehen würde auch die aktuelle neue Covid-Isolierung in ein neues Licht stellen, als Übergang zu einer dauerhaften Lösung der Altschuldenfrage.

Ob jetzt Hoffnung besteht oder sogar „Gute Hoffnung“ möchte ich mit dem Ausschnitt eines Gedichts von John von Düffel mit dem Titel „Stirbt zuletzt“ aus dem aktuellen Spielzeitheft des Theaters Oberhausen beantworten.

Hoffnung ohne Naivität
Ist ein Kraftakt der Konzentration
Auf das Wenige und Wesentliche
Was man tun kann

Sie ist nicht von selbst da
Und auch nicht von vornherein
Sie ist Arbeit – mehr als das

Sich aus der Hoffnungslosigkeit herauszuarbeiten
Ist ein Kunststück

Es beginnt damit, die Ohnmacht
Der Hoffnungslosigkeit zu überwinden
Und ins Tun zu kommen, in eine Tätigkeit
Die einen Unterschied macht

Durch Wirksamkeit wird Hoffnung Wirklichkeit